



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 502

(Das Tonprotokoll kann unter: <https://pratteln.recapp.ch/viewer/>
Homepage: <https://www.pratteln.ch/sitzungen>, Link: Plattform für alle Tonprotokolle angehört werden)

Einwohnerratssitzung vom Montag, 13. Dezember 2021, 19.00 Uhr im KUSPO

Anwesend	35/36/35 7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Urs Baumann, Karin Bosshard, Silvio Fareri ab 19.10 Uhr, Billie Grether, Kurt Lanz, Didier Pfirter bis 20.30 Uhr	
Vorsitz	Christoph Zwahlen	
Protokoll	Ulrike Schmid	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Ersatzwahl für die Entwicklungskommission für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2024: Bernhard Zwahlen, U/G, anstelle von Benedikt Schmidt	3315
2.	Aufgaben- und Finanzplan 2022-2026 (AFP)	3306
3.	Sondervorlage CHF 1'895'000 für den Kauf eines Schulraumprovisoriums	3301
4.	Beantwortung Postulat, SP, Andreas Moldovanyi, Optimierung der Hygienemassnahmen während der Coronapandemie	3252
5.	Fragestunde	502

Begrüssung

Christoph Zwahlen: Guten Abend miteinander. Ich möchte alle zur 502. Einwohnerratssitzung begrüßen. Wir kommen zum Appell.

Präsenz

Es sind zurzeit 35 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3 Mehr 24 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Christoph Zwahlen: Heute ist die letzte Sitzung, an welcher Benedikt Schmidt als Einwohner-rat teilnimmt. Er war vom 1. Juli 2005 bis Ende Dezember 2021 Mitglied des Einwohnerrats. Dankeschön vielmals für dein Engagement und ich nehme an, hinter den Kulissen wird das Engagement genauso weitergehen, wie es bis jetzt vor der Kulisse gegangen ist. (Unter Ap-plaus wird ihm ein kleines Präsent überreicht).

Heute Abend gibt es keinen Apéro, weil es in der jetzigen Situation ziemlich schwierig ist. Wir machen das, wenn die Umstände besser sind, dann haben wir mehr davon.

Mitteilungen des Gemeinderates

- Keine Mitteilungen.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Interpellation, SP, Fabian Thomi, Belastetes Material in Salina Raurica
- Postulat, SP, Fabian Thomi, Windkraftanlage in Pratteln

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses:

Es liegt noch eine Tischvorlage vor, für eine Ersatzwahl für die Entwicklungskommission für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2024: Bernhard Zwahlen, U/G, anstelle von Benedikt Schmidt. Diese wird als Traktandum 1 behandelt.

://: Der Rat stimmt dieser mit 34 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Beschlüsse

1. Nr. 3315

Ersatzwahl für die Entwicklungskommission für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2024: Bernhard Zwahlen, U/G, anstelle von Benedikt Schmidt

Es gibt keine weiteren Vorschläge

://: In stiller Wahl wird Bernhard Zwahlen, U/G, gewählt.

Es sind nun 36 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3 Mehr 24 Stimmen.

2. Nr. 3306

Aufgaben- und Finanzplan 2022-2026 (AFP)

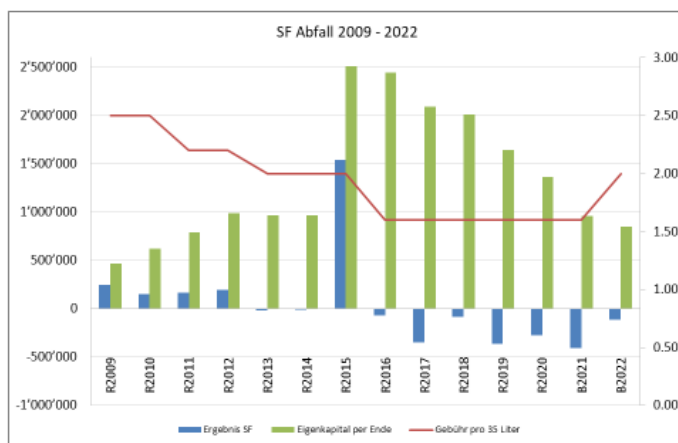
Auf dem Referentenplatz nehmen Gerold Stadler, Präsident der RPK, und Philippe Doppler, Abteilungsleiter Finanzen, Platz.

GR Christine Gogel: Wir sind in einem schwierigen Umfeld, aber immer noch in einer komfortablen Lage. Allerdings bin ich seit der Budgetdebatte des Gemeinderats im September und der Sitzung mit der RPK wieder etwas mehr angespannt. Damals habe ich noch einleitend gesagt, dass die Schweiz mit der Wirtschaft schon fast wieder dort steht, wie vor Corona. Die Wirtschaft hatte sich stark erholt und wir als Gemeinde Pratteln sind bis jetzt glimpflich durch die Krise gekommen. Die Konjunkturprognosen waren im Sommer positiv. Die Langzeitschäden von der hohen Staatsverschuldung betreffen uns noch nicht. Aber seit ein paar Wochen verändert sich die Corona-Lage wieder und eine gewisse Unsicherheit macht sich breit. Wie wird sich zum Beispiel die Inflation entwickeln?

Wir schauen jetzt zurück auf unseren diesjährigen Budgetprozess. Die Geschäftsleitung hat sehr gut gearbeitet und den Budgetprozess seriös und verantwortungsvoll für den Gemeinderat vorbereitet. Ich nehme in der Verwaltung eine grosse Sensibilität für das Kostenbewusstsein war. Dieses Jahr war es ein sehr viel höherer Aufwand, den Aufgaben- und Finanzplan zu erstellen. Die vom Einwohnerrat im Juni verabschiedeten Legislaturziele, mit den neuen Zielen und Plänen, mussten angepasst werden. Darum danke ich an dieser Stelle gerne allen Mitarbeitenden, welche am Budgetprozess beteiligt waren. Wie sind wir vorgegangen:

Wir wollen das Niveau von den beeinflussbaren Aufwänden auf konstantem Niveau halten. Darum war der tiefere Wert aus der Rechnung 2019 und dem Budget 2020 der Referenzwert für die Budgetierung 2022. Es muss aber festgestellt werden, dass es fast nicht mehr möglich ist, den Gesamtaufwand auf dem Niveau der Vorjahre zu budgetieren. Ein Volumen, das zunimmt, bedingt zusätzliche personelle Ressourcen. Die bestehende Infrastruktur, welche teilweise in die Jahre gekommen ist, bereitet weiterhin einen hohen Unterhaltsaufwand. Mit dem Investitionsprogramm bekommt ihr ein umfangreiches Bild über die künftige Weiterentwicklung von unserer Gemeindeinfrastruktur. Das Kernelement ist dabei die mittelfristige Planung. Das Finanzhandbuch sagt dazu, dass eine hundertprozentige Selbstfinanzierung nötig ist. Wir müssen also dringend unsere Fremdverschuldung im Auge behalten. Es ist eine Frage der Finanzierbarkeit und ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, dass unsere Finanzplanung nicht rosig aussieht und wir dringend einen positiven Saldo ausweisen müssten. Wir können nicht ständig auf Sonderfaktoren hoffen, die dann das Ergebnis ins Plus drehen. Es war ein Kraftakt, euch das Budget heute so zu präsentieren, quasi mit einer roten Null. Um all die geplanten Investitionen stemmen zu können, müssten wir jedes Jahr CHF 2 bis 3 Millionen vorwärts machen. Philippe Doppler hat eine interessante Folie zur Entwicklung der Spezialfinanzierung Abfall vorbereitet. Auf diese möchte ich jetzt detaillierter eingehen, damit ihr den Mechanismus der Gebührenerhöhung, welche wir dieses Jahr vorsehen, gut versteht.

Erhöhung Hauskehrichtgebühren



Rot: Hier haben wir den Preis eines Gebührensacks 35 Liter und zwar ganz links. Im Jahr bei der Rechnung 2009 war der Wert bei CHF 2.50, die Skala rechts von der Folie. Das war der Preis im Jahr 2009 CHF 2.50 für einen 35 Liter Sack. Man wollte auf diesen Betrag einen Rabatt geben. Darum hat man dann im Jahr 2011 die Gebühr von CHF 2.50 auf CHF 2.20 gesenkt, weil das Eigenkapital weiter angestiegen ist. Man hat dann mit dieser Senkung eigentlich noch nicht die Wirkung erreicht, die man wollte und hat im Jahr 2013 nochmals eine Gebührensenkung vorgenommen von CHF 2.20 auf CHF 2.00. Damit konnten wir das Eigenkapital, das ist der hellgrüne Balken, stabilisieren. Das ging drei Jahre gut bis zum Jahr 2015. Im 2015 haben wir eine Rückerstattung von der IWB bekommen von CHF 1,56 Millionen. Das Eigenkapital hat mit dieser Rückerstattung einen Stand von CHF 2,5 Millionen erreicht. Warum haben wir die Rückerstattung von der IWB bekommen?

Die Kehrrichtverbrennungsanlage hat uns zu hohe Gebühren verrechnet. Der Preisüberwacher hat damals interveniert. Die IWB hat dann das korrigiert und darum haben wir eine Rückzahlung bekommen. Es ging übrigens nicht nur uns so, sondern auch vielen anderen Gemeinden im Kanton. Mit diesem hohen Eigenkapital haben wir dann nochmals die Gebühren gesenkt und einen grosszügigen Rabatt weitergegeben. Ihr seht das bei der Rechnung 2016, wo wir auf CHF 1.60 herunter gingen, den Wert, welchen wir bis jetzt hatten. Ich habe ja über Jahre gesagt, wir würden eigentlich ein Eigenkapital von ungefähr CHF 1 Million anstreben. Mit der Senkung auf CHF 1.60 im Jahr 2016 haben wir jetzt das quasi erreicht ist. Ihr seht, der hellgrüne Balken kommt herunter. Mit der Rechnung 2020 haben wir das Eigenkapital auf CHF 1,37 Millionen reduziert und jetzt auf Ende 2021 prognostizieren wir ein Eigenkapital von gerade noch knapp CHF 1 Million oder CHF 970'000.

Wir wollen jetzt also handeln, weil wir eigentlich definiert haben, dass CHF 1 Million Eigenkapital ein guter Wert ist für die Spezialfinanzierung. Damit hätten wir ein kleines Polster. Ihr denkt jetzt vielleicht, warum dann nicht gerade einfach ganz reduzieren, noch ein bisschen mehr Rabatt weitergeben und auf Null herunterfahren. Also, erstens dürfen Spezialfinanzierungen nicht defizitär sein und einfach mit unserem trägen System der Politik, der Teuerung, die immer etwas ungewiss ist, ist es einfach ein zu grosses Risiko, wenn wir zu tief runtergehen und dann zu wenig schnell intervenieren könnten. Wie gesagt, weil wir eben nicht ins Minus fallen dürfen. Darum hat sich der Gemeinderat für dieses Jahr überlegt, dass wir jetzt halt handeln müssen und wir haben ausgerechnet, was es braucht, damit wir den Wert stabilisieren können und sind dann auf die CHF 2.00 gekommen.

Die Finanzierung soll weiterhin Verursachergerecht erfolgen. Wir sind eigentlich gegen eine Grundgebühr, weil wir Lenkungsabgaben sinnvoller finden. Übrigens, nur zehn Gemeinden im Kanton haben eine solche Grundgebühr, alle anderen machen das mit einer Lenkungsabgabe und das bringt mich zum kantonalen Durchschnittswert: Ein 35-Liter-Sack kostet im Durchschnitt im Kanton CHF 2.14. Wir sind also immer noch darunter mit unseren CHF 2.00. Wir schauen jetzt einmal mit diesem Wert, wie sich das stabilisiert auf dem Niveau. Ob wir um diese CHF 1 Million bleiben können, hängt halt etwas davon ab, wie sich die Rohstoffpreise entwickeln. Damals blieb mit CHF 2.00 das Eigenkapital stabil. Wir sind nicht ganz sicher, eventuell müssen wir dann vielleicht in zwei oder drei Jahren nochmals eine Anpassung vornehmen. Das müssen wir einfach jetzt eng verfolgen. Mir ist es wichtig, dass ihr das so nachvollziehen könnt. Vielleicht kommen auch Fragen von der Bevölkerung auf euch zu, weil das doch ein massiver Anstieg ist, damit ihr entsprechend Auskunft geben könnt. Es ist nicht so, dass wir die Säcke in dem Sinn erhöhen und teurer machen, sondern man kann auch so sagen, dass wir den Rabatt, welchen wir jetzt jahrelang gaben, aufheben.

Das bringt mich zurück zu meinem Votum und zum Schluss. Wir haben zwei Anträge der RPK vorliegen, die werden wir dann während der Lesung beantworten oder darauf eingehen. Einerseits im Aufgabenfeld 03 bei der Polizei und dann ganz am Schluss, bei den Beschlussanträgen des Gemeinderates. Dort werden wir dann auch noch einmal darauf eingehen. Das Legislaturziel eins, also ein ausgeglichenes Budget, haben wir mit einem Aufwandüberschuss von 0,38 Prozent auf das Gesamtvolumen gerade so erreicht. Der Gemeinderat bittet den Rat darum, den Aufgaben- und Finanzplan wie beantragt zu genehmigen.

Gerold Stadler: Ich möchte im Namen der RPK natürlich der Gemeinde, speziell der Finanzvorständin GR Christine Gogel, danken für die Arbeit und auch Philippe Doppler als Abteilungsleiter. Alle Fragen die wir hatten, wurden immer kompetent beantwortet. Ich glaube, es ist wirklich eine gute Zusammenarbeit zwischen der RPK und der Gemeinde. Das schätze ich

sehr. Ich möchte ganz kurz auf zwei/drei Sachen eingehen, die wir im Bericht geschrieben haben. Punkt 3 beim AFP: Das schrieben wir letztes Jahr schon. Wir als RPK sind nicht ganz zufrieden mit den einzelnen Zielen in den Aufgabenfeldern. Wir finden die Gemeinde muss in den Aufgabenfeldern unter Plan, also mit den Zielen sind wir einverstanden, aber unter Plan soll aufgezeigt sein, was macht die Gemeinde ganz konkret, um ein Ziel zu erreichen. Ihr habt Beispiele im positiven Sinne natürlich auch. Im Aufgabenfeld 02 haben wir ein Beispiel: *«Die Kundschaft fühlt sich freundlich und hilfsbereit bedient.»* Ein Plan dazu: *«Situationsgerechter Einsatz von Kommunikationsmitteln.»* Das kann man durchaus als Plan verstehen, um dieses Ziel zu erreichen. Auch der nächste: *«Die Einwohnerinnen und Einwohner sind früh und umfassend über Gemeindethemen informiert.»* *«Elektronischer Geschäftsverkehr ausbauen»*, als Plan, um das Ziel zu erreichen. Ich glaube, hier ist die Gemeinde wirklich gut unterwegs, das können wir verstehen. Als Steuerung/Legislative können wir das nachvollziehen und sehen, da wird das Geld, welches wir sprechen, sinnvoll eingesetzt. Wenn jemand das nicht findet, dann kann er einen Antrag machen. Das ist klar. Auch im Aufgabenfeld 06 haben wir wirklich ein positives Beispiel. Ziel: *«Eltern sind in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützt. Primarschulkindern stehen schulische Tagesstrukturen zur Verfügung.»* Der Plan dazu: *«Pilotprojekt schulische Tagesstrukturen FITA wird umgesetzt und evaluiert.»* Das ist nachvollziehbar. Wir haben ein Ziel. Wir haben einen Plan dazu, was wir machen wollen. Jetzt gibt es eben auch das Andere und da wären wir froh, wenn die Gemeinde auf ein nächstes Jahr dort entsprechend nachbessern kann. Ich mache ein Beispiel im Aufgabenfeld 03. Da haben wir folgenden Satz bei Plan: *«Reduktion Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum.»* Das ist ein Ziel. Was macht die Gemeinde dafür? Das ist für uns kein Plan. Das ist ein Ziel, das müsste links stehen und dann, was macht die Gemeinde damit eben diese Sachbeschädigungen zurückgehen? Ein zweites Beispiel wäre im Aufgabenfeld 08, bei MMN: *«Der Marktanteil des MMN ist weiterhin hoch.»* Plan: *«Marktanteil höher als 85 Prozent.»* Das ist das Gleiche. Er ist weiterhin hoch, höher als 85. Aber was machen sie dafür? Dann: *«Langjährige Kunden bleiben beim MMN.»* Plan: *«Anzahl Kündigungen nehmen jährlich ab.»* Also ich denke, damit wir als Steuerung, als RPK, respektive als Einwohnerrat das überprüfen können, was die Gemeinde will und macht mit dem Geld, welches wir ihnen sprechen, ist es wichtig, dass wir entsprechend konkrete Pläne sehen, wie sie die Sachen umsetzen wollen. Das ist etwas, was wir als RPK dieses Jahr deshalb extra nochmals in den Bericht aufgenommen haben und es wäre sehr schön, wenn wir das nächste Jahr so antreffen könnten in allen Aufgabenfeldern. Zur Abfallbewirtschaftung, das was GR Christine Gogel vorher gesagt hat, das sehen wir auch so. Das wurde letztes Jahr schon kommuniziert, danke Christine, hast du das uns so schön aufgezeigt. Das ist folgerichtig und gibt nichts dagegen zu sagen. Ich komme am Schluss bei den Anträgen dann noch, was wir dazu haben. In Punkt 3.4 Finanzplanung haben wir den Satz drin: *«Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt aber, dass jeweils nur ein Teil davon umgesetzt wird.»* Hier ist das Investitionsprogramm gemeint. Unsere Frage: Wird es im 2022 anders? Geht es endlich vorwärts? Wir haben ganz viele Sachen, die schon sehr lange auf dem Investitionsprogramm darauf sind, welche nicht realisiert wurden. Das ist eine Frage, die wir einfach so mal in den Raum stellen wollen. Dann komme ich zu unseren Anträgen. Ich möchte diese ganz kurz erläutern. Antrag 1: Wir wollen den Sachaufwand im Aufgabenfeld 03 um CHF 15'000 kürzen. Es ist klar, wir können nicht ein einzelnes Geschäft streichen. Es ist ein Globalbudget. Wir haben aber trotzdem hineingeschrieben, um was es geht. Wir können als RPK nicht einfach schreiben, wir wollen CHF 15'000 weniger ausgeben in diesem Aufgabenfeld. Es geht darum, dass wir prinzipiell das mit dem zusätzlichen Polizeiauto nicht sehen und das ist einfach eine Erläuterung. Wir wollen das Geld um CHF 15'000 streichen. Uns ist bewusst, dass die Gemeinde das Auto trotzdem kaufen kann im Globalbudget, solange wir das einfach nur um CHF 15'000 streichen. Sie müssen dann anderswo sparen. Das Polizeiauto ist die Erläuterung woher diese CHF 15'000 kommen. Dann zur Sackgebühr, also Abfallgebühr: Dort finden wir einfach, dass es keinen Grund gibt, warum nur die Privathaushalte wieder auf den alten Preis kommen sollen, also den Preis vor der Rabattierung, sondern wir finden, das soll für alle Verbraucher eine Gleichbehandlung sein, das heisst also nicht nur private Haushalte, sondern eben auch Gewerbetreibende. Dort ist es keine Lenkungsabgabe, dort ist es pro Leerung. Wir haben einfach den alten Wert übernommen, welcher vor der Rabattierung war. So viel zum Bericht. Zum Schluss wirklich nochmals ganz herzlichen Dank. Ich schätze die Zusammenarbeit sehr mit der Gemeinde und hoffe, dass das auch weiterhin in diesem guten Rahmen sein kann.

Es sind nun 35 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3 Mehr 24 Stimmen.

Dieter Stohler: Ich spreche namens der FDP-CVP-Fraktion zum Aufgaben- und Finanzplan-geschäft 3306. Zuerst eine kritische Bemerkung an den Gemeinderat. Wir sind nicht einver-standen mit der Praxis, welche immer noch weitergeführt wird mit der Begründung, wir haben es immer schon so gemacht, nämlich dass das Geschäft zuerst an die RPK geht und nicht gleichzeitig an alle Fraktionen und alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Wir finden das nicht geschickt, es wird mit irgendeiner Bestimmung begründet. Ich wäre froh, man würde mir diese Bestimmung einmal zeigen, welche verhindert, dass der Gemeinderat gleichzeitig mit der Pressemitteilung, welche er zu Recht gemacht und sich an die Öffentlichkeit gewendet hat mit dem Ergebnis von dieser roten Null. Gleichzeitig muss da wie bei allen anderen Parlamen-ten, wie bei allen anderen Geschäften gleichzeitig dann auch der Link auf die entsprechenden Unterlagen gemacht werden. Wenn weiterhin irgendwelches geschriebenes Recht dagegen- stehen würde, falls dem so wäre, dann ist das klar eine Aufgabe, für die ich mich einsetzen oder einbringen würde in der Kommission für die Revision des Geschäftsreglements des Ein-wohnerrats, dass man das dort klar regelt, damit wir nicht jedes Mal diese Diskussion haben. Das als Vorbemerkung. Etwas Positives, aber auch eine zweite Vorbemerkung: Ein Kompliment von den Unterlagen selbst, wenn wir sie dann bekommen haben. Die sind an und für sich gut und insbesondere die synoptische Darstellung wird von unseren Fraktionsmitgliedern sehr geschätzt.

Jetzt komme ich zum Budget 2022. Wir werden als Fraktion diesem Budget und den Beschlus-santrägen des Gemeinderats, welche weitgehend deckungsgleich sind mit jenen der RPK, zu- stimmen mit einer Ausnahme: Dem RPK-Antrag zum Aufgabenfeld 03. Da kommen wir dann in der Detailberatung darauf zu sprechen. Ich rede jetzt allgemein über den gesamten Aufga- ben- und Finanzplan. Das Budget mit einer roten Null ist unseres Erachtens seriös erarbeitet und solange es eine rote Null hat oder auch eine schwarze Null, ist für uns die Welt in Ordnung. Ich erinnere an das Legislaturziel, welches auch genannt wurde, Nummer eins mit einem aus- geglichenen Staatshaushalt/Gemeindehaushalt. Was uns hingegen Sorgen bereitet, sind die Finanzpläne, welche aufgeführt sind mit den Jahren 2023 bis 2026. Dazu stehen im RPK- Bericht genau sieben Zeilen, also relativ wenig und sehr dürrig. Schauen wir uns die prognos- tizierte Entwicklung an, einfach die Zahlen, lassen wir diese einfach einmal auf der Zunge zer- gehen. Auf Seite 75 des AFP wird für das Jahr 2023 prognostiziert, das ist noch kein Budget, aber es wird ein Defizit prognostiziert, im Sinne einer Prognose von CHF 3,1 Mio., 2024 Defizit CHF 2,3 Mio., 2025 CHF 4,9 Mio. und 2026 CHF 5,2 Mio. Das Eigenkapital würde gemäss der Prognose in dieser Zeit von CHF 40 Mio. auf CHF 17 Mio. sinken. Das muss einem einfach zu denken geben und wir staunen, dass das die RPK einfach so locker kommentiert. Ich habe einmal die Prognose nur für das Jahr 2023 angeschaut. Wie hat sich die Prognose über die letzten drei Jahre entwickelt? Im Jahr 2023 hat man im Finanzplan 2020 bis 2024 mit einem Defizit von CHF 1,7 Mio. gerechnet. Ein Jahr später hat man für das gleiche Jahr, wir reden immer noch vom 2023, mit einem Ertragsüberschuss von CHF 300'000 gerechnet und im jet- zigen Finanzplan für das gleiche Jahr 2023 mit einem Defizit von CHF 3,1 Mio. Mir ist schon bewusst und ich bin zu lange im Geschäft, das ich nicht wüsste, dass grosse Unsicherheiten bestehen, insbesondere zum Finanz- und Lastenausgleich. Aber ich frage mich einfach, ob einerseits es das Papier wert ist, auf dem die Finanzpläne geschrieben oder gedruckt wurden. Wenn es das doch wert ist, ich zitiere die RPK, die sagt *«die Finanzpläne sind realistisch ab- gebildet»*, dann muss das uns doch zu denken geben. Es darf nicht einfach ein Hoffen sein, dass wir dann, oh Wunder, heute in einem Jahr vielleicht entweder ein Budget haben, das tatsächlich CHF 3 Mio. Defizit vorsieht oder dann vielleicht doch mit einem ausgeglichenen Budget rechnen dürfen. Es ist nicht einfach ein Hoffen und ein Wunder, darum müssen wir jetzt den Gemeinderat verpflichten. Er hat ein Jahr Zeit, uns ein Budget 2023 vorzulegen, welches sicher nicht CHF 3 Mio. Defizit vorsieht. Ich vertraue dem Gemeinderat, dass er das auch in diese Richtung lenken kann. Ich zitiere den Gemeinderat auf Seite 15 des jetzigen AFP: *«Dem AFP kommt deshalb die Rolle eines Frühwarnsystems zu. Die Finanzplanung liefert Anhalts- punkte, um negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen, zu verhindern und die nötigen*

Massnahmen zur Wiederherstellung eines ausgeglichenen Haushalts einzuleiten.» Aha, Frühwarnsystem und der Gemeinderat sagt auch weiter unten: «Priorisierungen und teilweise auch der Verzicht von wünschenswerten, aber nicht betriebsnotwendigen Vorhaben sind unumgänglich und omnipräsent.» Weiter unten steht dann nochmals: «Neue Aufgaben und die Erweiterung von Dienstleistungen mit Kostenfolge müssen daher mit Bedacht erfolgen.» Jetzt hoffe ich einfach, dass das nicht einfach leere Worte sind. Vielleicht wäre es gut, wenn die RPK halt nächstes Jahr diese Sachen und insbesondere die Finanzpläne näher untersuchen würde. Die düsteren Aussichten 2023 bis 2026 sind der Grund, warum die FDP-CVP-Fraktion diesen vielen Ideen, vor allem von links-grüner Seite, welche meistens zur Kategorie «nice to have» zählen, weiterhin ablehnend gegenüberstehen wird. Wir fordern die Einhaltung vom Legislaturziel Nummer eins, im Sinn von einem nachhaltig ausgeglichenen Haushalt und bieten insbesondere keine Hand für Steuererhöhungen.

Dem Gemeinderat wird damit empfohlen, eben gerade mit Blick auf die düsteren Finanzprognosen, sorgfältig damit umzugehen, vielleicht noch sorgfältiger, als er es bis jetzt schon so mindestens geschrieben hat. Zum Beispiel auch Neuanstellungen, wo einige vorgesehen sind für nächstes Jahr, noch einmal kritisch zu überprüfen. Stellen schaffen ist sicher immer einfacher, als Stellen aufzuheben. Ich mache aber gleichzeitig nicht den Fehler, dass ich jetzt steuern möchte über den Stellenplan. Diese Zeiten sind zurecht vorbei. In Zeiten des Globalbudgets ist es nur eine höfliche Empfehlung an den Gemeinderat, die möglicherweise helfen könnte, auch fürs 2023 ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Wir haben uns überlegt, ob wir das Budget hier zurückweisen müssen. Nein, das Budget 2022 ist in Ordnung und eine rote Null ist absolut nicht dramatisch. Dramatisch sind die Aussichten für die kommenden Jahre. Ich bin gespannt, was heute in einem Jahr vorliegt. Hoffentlich dann auch rechtzeitig den AFP bei allen Fraktionen vorliegend. Die RPK fordere ich auf, nicht Mikromanagement zu betreiben, sondern sich wirklich befassen mit den strategischen und wichtigen Zahlen in dieser Entwicklung.

Benedikt Schmidt: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für den AFP. Wir danken auch der zuständigen Gemeinderätin für ihre Erläuterungen und der RPK für ihre Arbeit und für den Bericht. Wir werden den Vorschlägen der RPK dann nachher folgen. Die rote Null ist auch für uns okay. Wir haben aber auch festgestellt, dass der Gemeinderat seine Kompetenz nutzt, Stellen zu schaffen. Einerseits sorgt dies auch für Kosten, die raufgehen werden. Wir hoffen aber auch, dass dies dazu führt, dass die verschiedenen Abteilungen ihre Aufgaben besser erledigen können, so dass auch die Ziele, die man sich setzt oder wir alle gesetzt haben, erreicht werden können. Wir möchten nämlich, dass eigentlich alle Legislaturziele erreicht werden und nicht nur eines. Wir teilen auch die Ansicht der RPK, dass in den Aufgabenfelder die Beschreibung der Pläne und Ziele verbessert werden soll. Das ist nicht immer sehr klar. Wir haben auch festgestellt, dass im AFP, wie jedes Jahr, sehr vieles geändert hat. Wir waren von dem her auch sehr froh um die Synopse, damit man wirklich nachvollziehen konnte, was alles geändert hat. Wir wären aber auch froh gewesen, wenn wir eine Begründung gehabt hätten, warum all die verschiedenen Sachen sich ändern. Wurde beispielsweise etwas gestrichen, weil es erledigt wurde? Das ist im Fall vom Piratenschiff so. Das freut mich natürlich ungemein, dass ich das doch noch erlebe. Ich glaube, ich habe den Antrag fünfmal hintereinander gestellt, dieses Jahr muss ich ihn nicht mehr stellen, das ist schön. Aber es hat auch andere Sachen, die neu in den AFP hineinkommen und dann ist die Frage, was sind das für neue Pläne und Ziele, die hineinkommen. Vor allem nimmt es mich Wunder, was kommt neu hinein wegen den Legislaturzielen, welche wir frisch erarbeitet haben. Mit wurde nicht klar, welche Sachen neu hineingekommen sind wegen den neuen Legislaturzielen. Diese müssten eigentlich in den Aufgabenfelder klar abgebildet werden. Ich wäre wirklich froh um die Begründungen. Ich meine, das ist keine Holschuld. Natürlich könnte man bei der RPK nachfragen, das haben wir teilweise auch gemacht. Aber ich meine, es ist vor allem eine Bringschuld des Gemeinderats. Wir haben dann noch zwei Anträge zu zwei Aufgabenfeldern. Zum Aufgabenfeld 03 sehen wir uns, glaube ich, noch in grösserer Zahl hier vorne.

Rahel Graf: Im Namen der SP-Fraktion möchte ich auch ganz herzlich dem Gemeinderat danken für den AFP. Natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung gilt unser Dank. Es ist tatsächlich, wie auch schon erwähnt wurde, ein sehr informativer Bericht, welcher

wirklich umfassend Auskunft gibt über die Vorhaben und Pläne der Gemeinde. Im ganz Speziellen möchte ich GR Christine Gogel danken, für ihre Ausführungen, die sie vorher gemacht hat. Das war sehr hilfreich. Es ist uns allen klar, es war kein einfaches Jahr und auch das nächste Jahr präsentiert sich nicht gerade sehr offen, was alles gehen wird. Es ist also wirklich nicht einfach zu planen und ich denke, auch wegen Covid ist die Lage sehr unsicher. Nichtsdestotrotz wurde aber sehr umsichtig geplant im 2021, was sich auch sehr deutlich an der doch wirklich erfreulichen Jahresrechnung zeigt. Pratteln, das muss man sagen, steht im kantonalen Vergleich eigentlich sehr gut da und ich finde, das kann man auch einmal unterstreichen. Wir möchten auch der RPK sehr herzlich für die Arbeit danken. Sie hat sich intensiv mit der Materie auseinandergesetzt und das zeigt sich auch im Bericht. Wir möchten jetzt auch nicht auf Details eingehen, zu denen wir uns dann nachher noch äussern werden. Einfach einmal vorneweg, wir werden sicher einen Antrag stellen zum Punkt sieben der Beschlussanträge des Gemeinderats, betreffend Teuerungsausgleich.

Lesung

01 Politische Behörden

02 Allgemeine Verwaltung *Keine Wortmeldungen*

03 Polizei

GR Christine Gogel: Ich erlaube mir an dieser Stelle einfach generell, etwas nochmals zu sagen zum Aufgaben- und Finanzplan und wie er funktioniert und gedacht ist, weil es doch jetzt auch einige neue Räte bei uns hat. Das kann wahrscheinlich nicht schaden, wenn wir nochmals etwas detaillierter anschauen, um was es geht. Das Aufgabenfeld 03 bietet sich wirklich gerade hervorragend an, auch im Zusammenhang mit dem Antrag der RPK, welcher vorliegt. Also ihr habt jetzt Aufgabenfeld 03 vor euch. Da haben wir die hellgrau hinterlegten Felder. Das sind diejenigen, die ihr beeinflussen könnt und heute Abend beschliesst. Jetzt ist es so, wenn ihr auf der rechten Seite im Budget an den Zahlen etwas schraubt, rauf oder runter geht, das spielt keine Rolle, müsst ihr euch einfach fest überlegen, was passiert dann auf der linken Seite. Es ist einfach eine Verknüpfung. Ihr könnt nicht mehr wie früher einfach einen Betrag streichen oder etwas ins Budget hineintun oder herausnehmen, sondern ihr müsst euch das in einer Gesamtschau überlegen. Wir nehmen jetzt CHF 50'000 beim Sachaufwand weg und dann schaut ihr, was sind dann dort für Ziele angedacht dazu: «*Verkehrsteilnehmer verhalten sich korrekt*», ist das mit CHF 50'000 weniger noch zu machen oder «*die Ruhe und Ordnung ist gewährleistet*», geht das noch, wenn hier weniger Geld dafür eingestellt ist? Dann habt ihr die Pläne dazu, welche etwas detaillierter aussagen, wie das umgesetzt werden soll, zum Beispiel: «*Verkehrsteilnehmer verhalten sich korrekt*». Damit man das ein wenig forsieren kann, macht man eine Verkehrskontrolle. Da will man Grösser gleich 30 machen pro Jahr. Das kostet Geld. Reicht das jetzt, wenn ich den Personalaufwand herunterschraube, dort etwas wegnehme, vielleicht im Bereich einer ganzen Stelle, kann ich dann immer noch 30 Verkehrskontrollen machen oder im Sachaufwand etwas wegnehme, vielleicht ein ganzes Auto, kann man dann immer noch Verkehrskontrollen machen, Übertretungen kontrollieren, Verzeigungen machen, Littering-Kontrollen machen und alles was sonst noch so ansteht von der Polizei? Das ist einfach die Wirkung, welche ich euch wirklich ans Herz legen möchte. Schaut bitte alles im gesamten Kontext an, wenn ihr anfängt zu «schrauben». Umgekehrt geht es natürlich auch, wenn ihr ein neues Ziel hineintut. Das Instrument dafür ist ein Planungsantrag. Also, wenn ihr jetzt mit einem Planungsantrag noch irgendein Ziel bei der Polizei drinhaben wollt, dann müsste der Plan dazu, wie das umgesetzt werden soll, dann muss man aber auch zwingend noch Geld dafür einstellen. Die RPK hat jetzt einen Antrag gemacht von CHF 15'000 Reduktion. Hier ist noch ein kleiner Fehler passiert Sie sagen, sie wollen den Sachaufwand um CHF 15'000 kürzen auf CHF 872'000. CHF 887'000 ist aber der Totalaufwand. Wenn sie den Sachaufwand kürzen wollen um CHF 15'000, dann wären das CHF 227'850 minus CHF 15'000 und nicht wie es hier im Antrag steht von CHF 872'150. Klar, der reduziert sich dann auch, aber eigentlich geht die Reduktion in den Sachaufwand. Wie Gerold Stadler gesagt hat, das mit dem Polizeiauto ist nur ein Hinweis, wo sie sich das denken. Aber es ist natürlich mit dem Globalbudget weit davon entfernt, dass man so in ein Detail eingreift. Diese Zeiten sind seit sechs Jahren vorbei, dass der Einwohnerrat aus dem Detailbudget Sachen streicht oder hinein macht. Es geht jetzt wirklich um ein Globalbudget. Dann möchte ich ein bisschen konkreter zur

Sache sagen: Ein Aufgabenfeld, welches die Arbeit erfüllt, die Hausaufgaben macht und mit einem Ertrag abschliesst, dort CHF 15'000 zu kürzen, das entspricht einem Prozentsatz, schwindend klein. Also diese CHF 15'000 sind auf das Aufgabenfeld 1,69 Prozent, was ihr da streicht. Ich lasse diesen Betrag jetzt hier einfach einmal stehen und kommentiere das nicht. Aber meiner Meinung nach ist das ein falscher Ansatz. Da greift man ganz stark ins Operative ein. Das ist der falsche Weg.

Gerold Stadler: Um das noch einmal kurz zu präzisieren, uns ist klar, es ist ein Globalbudget. Das wissen wir und von dem her können wir nichts anderes als das finanziell kürzen. Danke für den Hinweis, das mit dem Sachaufwand ist tatsächlich ein Fehler. Wir sind aber der Meinung und deshalb wollen wir auf der linken Seite von dieser Doppelseite nichts ändern, dass die Polizei den Auftrag, welcher im Ziel und Plan geschrieben ist, genauso gut erfüllen kann mit dem Fahrzeug weniger und deshalb brauchen wir links keine Änderung. Also das ist die Meinung von der RPK. Das heisst, wir können aus unserer Sicht der Polizei diese CHF 15'000 wegnehmen. Ob sie das Auto dann trotzdem kaufen, ist ein anderes Thema natürlich. Sie kann den Auftrag trotzdem erfüllen. Wir von der RPK sind der Meinung, wir können einfach bei der Erfolgsrechnung, beim Budget, beim Sachaufwand CHF 15'000 streichen. Dann finde ich es natürlich schon noch stossend, wenn GR Christine Gogel sagt, in einem Aufgabenfeld, in welchem Ertrag gemacht wird. Alle anderen sind demnach arm dran, weil es einfach Aufgabenfelder gibt, die gar nie einen Ertrag erwirtschaften können und bei diesen darf man kürzen? Das ist natürlich schon nicht ganz gerecht. Nur weil die Polizei halt aus ihrem Aufgabenfeld Bussen generieren kann etc., dürfen wir ihnen auch nichts kürzen. Das ist etwas kurz gedacht. Ich bitte sie, unserem Antrag zuzustimmen.

GR Stefan Löw: Ich rede zum Kürzungsantrag von den CHF 15'000, welchen die RPK vorschlägt. Ich bitte sie, Seite sechs des AFP kurz aufzuschlagen. In der Perspektive ist erwähnt: *«Pratteln ist ein attraktiver, gepflegter und sicherer Wohn- und Begegnungsort für jung und alt mit unterschiedlicher Herkunft.»* Daraus heraus leitet sich dann zum Teil auch der Auftrag für die Polizei ab. Auf Seite 26 im Aufgabenfeld 03 bei der Umschreibung, ich bitte sie das ganz genau zu lesen und ich lese es nochmals vor, das ist etwas, was sich nicht verhandeln lässt. Das ist etwas, was vorgegeben ist und wir einhalten müssen: *«Die Gemeindepolizei Pratteln sorgt während 7 Tagen, 24 Stunden, an 365 Tagen im Jahr für Ruhe und Ordnung und erfüllt folgende Aufgaben:»*, diese sind unten dann erwähnt. Stellen sie sich das einmal vor. Das ist das einzige Aufgabenfeld, welches so einen Auftrag hat, alle anderen haben das nicht. Das ist eigentlich wirklich eine wahnsinnige Aufgabe, welche wir hier erfüllen müssen. Das ist nicht einfach etwas, was man so schnell machen kann. Ich erlaube mir, ein bisschen länger zu werden, wir haben ja von der RPK nicht so viele Anträge. Einfügend schnell dazwischen möchte ich sagen, ich schätze die Arbeit der RPK sehr. Das geht in keiner Weise persönlich auf Personen, die dort tätig sind. Zielgruppen und Wirkung: *«Die Bevölkerung fühlt sich sicher und die Präsenz der Gemeindepolizei ist sichtbar und wirksam.»* Die Erfolgsrechnung ist schon erwähnt worden. Hierzu mache ich keine Bemerkung, das sehen sie selbst.

Zum Vorgehen der Beantragung dieser Kürzung: Ich kann es einfach nicht ganz nachvollziehen und erlaube mir, hier jetzt ein paar Bemerkungen zu machen. Das ist erarbeitet worden. Der Abteilungsleiter Dienste und Sicherheit, Marcel Schaub, hat mit mir und der Polizei zusammen das erarbeitet und aufgrund der Aufgaben, die wir haben, sind wir zu diesen Erkenntnissen kommen. Um diese Aufgaben zu erfüllen, müssen wir einfach sehr flexibel sein. Wir haben es nachher in der Sicherheitskommission so eingebracht und wieder diskutiert. Wir sind zum gleichen Entschluss gekommen und haben dann entsprechend dem Gemeinderat den Antrag gestellt, für die zusätzliche Beschaffung einer Mobilitätsmöglichkeit zur Erfüllung der Aufgaben. Was mich in diesem Zusammenhang etwas befremdet, ist, dass weder ich, noch der Abteilungsleiter Sicherheit, noch jemand von der Polizei, von der Rechnungsprüfungskommission in dieser Angelegenheit überhaupt angefragt wurde, wieso benötigt ihr das. Wir sind nie gefragt worden. Ich konnte bis jetzt nie Stellung nehmen zu diesem Kürzungsantrag. Darum habe ich jetzt die Aufgabe, ihnen das zu erklären. Was die Aufgabenfelder beinhalten habe ich schon erwähnt. Wir müssen das rund um die Uhr machen. Wenn wir eine andere Mobilität wollen, sagen wir zum Beispiel ein Elektrovelo oder so, was auch eine Möglichkeit wäre. Das wird schon benutzt in grossen Agglomerationen, dass sie so unterwegs sind. Ihr müsst aber wissen, diese haben mobile Equipen, mehrere drei, vier, fünf oder noch mehr, die motorisiert sind mit

Autos, doppelte Equipen. Wenn sie irgendein Problem haben, wenn sie mit dem Velo unterwegs sind, dann können sie die aufbieten. Innerhalb von kürzester Zeit sind die dann bei ihnen und haben entsprechendes Material, welches sie benötigen. Das ist bei unserer Aufgabenerfüllung nicht möglich. Wir müssen Material mitführen, wenn wir uns bewegen. Dann ist der Erschliessungssperimeter, welchen wir haben, vom Hagenbächli bis runter an den Rhein. Zusätzlich Augst, das wir noch hineingenommen haben, welches wir auch abdecken, über die Längi bis eingangs Pratteln. Das sind riesige Dimensionen. Das müssen sie zu jeder Tages- und Nachtzeit, bei jedem Wetter erreichen. Das ist eine riesige Aufgabe. Das heisst, wir müssen eine gewisse Flexibilität haben in diesem grossen Einsatzgebiet. Was sie sicher wünschen und wünschenswert ist, dass wir eine höhere Präsenz im öffentlichen Raum haben. Den vertraglichen Aufwand mit Augst, den müssen sie jetzt sprechen. Diesen können wir weder kürzen noch ändern. Den haben wir schriftlich vereinbart, ist festgelegt und müssen wir einhalten. Sie sehen, die Aufgaben sind sehr umfassend, die wir machen müssen. Um das zu machen, werden wir das Fahrzeug, wenn wir es beschaffen, sicher nicht einfach vor der Gemeindeverwaltung abstellen und dann dort stehenlassen. Nein, es ist wirklich geplant, dass wir das dementsprechend benützen und einsetzen. Es ist sehr gut überlegt, dass wir diesen Antrag stellen, dass wir die Mobilität in diese Richtung beeinflussen wollen. Von dem her gesehen bitte ich sie wirklich, dass sie dem Kürzungsantrag der RPK nicht zustimmen, damit wir die Mobilität beibehalten können und unseren Auftrag, so wie ihr ihn uns gebt, auch erfüllen können. Wenn ihr noch weitere Fragen habt, seid so gut und stellt sie mir. Ich gehe davon aus, dass die RPK auch den Geschäftsbericht angeschaut hat, im Zusammenhang mit dem Kürzungsantrag, worin eigentlich beschrieben ist, was die Polizei in den letzten Jahren geleistet hat. Im Bericht zum Aufgaben- und Finanzplan hat es noch weitere Sachen, die man lesen kann.

Simon Käch: Ich rede jetzt als Mitglied der SP-Fraktion, aber auch als Mitglied der Sicherheitskommission. Wir haben in der SP-Fraktion den Antrag der RPK diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass wir ihn grossmehrheitlich nicht unterstützen werden. Mit dem Antrag soll, wie jetzt schon mehrfach erwähnt, das Budget der Polizei um CHF 15'000 gekürzt werden in der Absicht, dass die Gemeinde sich dann kein neues Fahrzeug mehr leisten kann. Im Gegenzug wird aber nicht genannt, welche Aufgaben der Polizei gestrichen werden sollen. Die Polizei benötigt ein zusätzliches Fahrzeug, damit sie ihre Aufgaben, die ihr aufgetragen, beziehungsweise festgelegt wurden, auch erfüllen kann. Bereits heute kommt es im täglichen Arbeitsablauf der Gemeindepolizei immer wieder zu Engpässen aufgrund von fehlenden Fahrzeugen. Es gibt immer mehr kurzfristige Einsätze, bei denen aber heute oft das Fahrzeug fehlt. Da bei der Polizei CHF 15'000 gestrichen und kein zusätzliches Fahrzeug zur Verfügung gestellt werden soll, können nicht mehr alle Aufgaben angemessen erfüllt, beziehungsweise muss sich halt eben überlegt werden, ob man diese reduzieren muss und das möchten wir nicht. Vorgesehen ist der Kauf eines kleinen Occasion-Elektrofahrzeugs. Das ist aus unserer Sicht mit CHF 15'000 günstig und bringt viele Vorteile bei der Bewältigung der Aufgaben. Es können diverse Kontrollfahrten und Einsätze, bei denen auch Material transportiert werden muss, eingesetzt werden. Wir erachten darum die Anschaffung als durchaus sinnvoll. Als Alternative wird immer wieder häufig ein Velo genannt. Mit einem Elektrovelo, welches grundsätzlich durchaus Sympathie geniesst bei uns, lässt sich allerdings nur ein kleiner Teil der Aufgaben abdecken. Er fährt mit dem Velo auf Augst, in die Längi oder Richtung Geisswald. Das ist nicht effizient und benötigt viel zu viel «Manpower». Zudem lässt sich auch kaum Material mitführen. Es braucht ein Elektrofahrzeug, um spontan und flexibel zu agieren, was bei der Polizei wichtig ist. Wie wir heute schon gehört haben, befinden wir ja gar nicht mit diesem Antrag im Grundsatz darüber, ob die Polizei sich ein neues Fahrzeug beschaffen darf oder nicht. Wir befinden über das Budget der Polizei und das soll um CHF 15'000 gekürzt werden. Oder anders gesagt, der Polizei sollen weniger finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen können, obwohl die Aufgaben immer umfangreicher werden oder wurden, eben mit der Übernahme der Aufgaben der Gemeinde Augst oder auch mit der andauernden Pandemie. Wenn also wirklich das Budget bei der Polizei gekürzt werden soll, dann sollte man sich auch Gedanken dazu machen, welche Aufgaben gestrichen und wo bei der Sicherheit gespart werden soll. Dann stelle ich auch die Frage, wollt ihr wirklich bei der Polizei oder bei der Sicherheit sparen, obwohl hier überhaupt keine Dringlichkeit dazu besteht? Wir sagen nein und bitten sie deshalb, den Antrag der RPK abzulehnen.

Benedikt Schmidt: Der bisherige Verlauf der Debatte zu diesem Thema gefällt mir sehr gut, weil es nämlich einmal mehr zeigt, dass Anträge begründet werden sollen. Wenn man sie begründet, kommt es in der Regel besser. Es ist auch wichtig, dass man dann im Geschäftsbericht über die Zielerreichung berichtet. Wenn nämlich im Geschäftsbericht drin steht, die Polizei kann ihre Ziele nicht erreichen, dann ist auch klar, dass man handeln muss und entsprechend ein neues Fahrzeug dringend notwendig ist. Von dem her sind eben Begründungen und Berichterstattungen über die Zielerreichung bei diesem AFP halt ein wichtiger Teil von diesem ganzen Prozess. Ich habe jetzt hier einen Antrag vorbereitet. Wir haben nämlich genau das vorbereitet, was man machen sollte, man soll über Plan und Ziel steuern. Wir hätten einen Antrag gestellt beim Bereich Plan über die Anzahl Polizeifahrzeuge. Aber wir haben jetzt viele Argumente gehört, warum es ein Polizeifahrzeug braucht. Verschiedene Leute haben hier gut argumentiert, darum werden wir jetzt diesen Antrag für eine Änderung des Plans nicht stellen. Aber eben, Begründungen sind halt wichtig.

Sebastian Enders: Lieber Gery, ich hoffe du nimmst es mir nicht übel, dass ich als Mitglied der RPK dazu etwas sage. Wir haben das in der RPK natürlich umfangreich diskutiert und ich habe jetzt einfach spasseshalber auch einmal den AFP 2017 hervorgehoben, wo im Prinzip die Ziele mehr oder weniger oder beziehungsweise der Plan, eigentlich genau identisch ist mit dem Plan, den wir heute haben. Das Einzige, was sich verschoben hat, ist, dass man die Littering-Kontrollen um zehn pro Jahr raufnimmt und dass die Reduktion von Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum ein weiterer Plan ist. Soweit ich weiss, ist Pratteln jetzt auch nicht gerade wahnsinnig gewachsen in den letzten Jahren. Ich weiss, die Entwicklung geht weiter, das ist so. Ich bin aber trotzdem persönlich auch der Meinung, dass das gut ohne ein weiteres Fahrzeug geht und man die täglichen Aufgaben trotzdem gut bewältigen kann. Immerhin haben wir noch die First Choice, die auch mit Fahrzeugen ausgestattet ist. Das wurde bis jetzt noch gar nicht gesagt. Ich bitte euch also, dem Antrag der RPK zu folgen.

Dieter Stohler: Ich kann mich weitgehend den Sprechern aus der SP-Fraktion und der Fraktion der Unabhängigen und Grünen anschliessen. Damit muss ich nicht alles im Detail nochmals aufrollen. In aller Kürze möchte ich einfach darauf hinweisen, wir entscheiden hier nicht über eine Anschaffung von einem Polizeiauto, sondern über ein Globalbudget und wir steuern nicht über einen Input. Wir sollten nicht über einen Input steuern, sicher nicht ausschliesslich über einen Input, sondern über einen Output und das machen wir hier nicht, es liegt kein Änderungsantrag vom Output vor. Somit ist es eben falsch, dieser Antrag ist nicht im Sinn des Globalbudgets. Wer kann beurteilen, ob es ein zwei, drei oder meinetwegen zehn Polizeiautos braucht in Pratteln. Ich kann das nicht, niemand aus unserer Fraktion kann das. Darum stützen wir uns auf die seriösen Abklärungen der Gemeindeverwaltung und Polizeidirektor, wieviel Autos es hier braucht, was eine angemessene Anzahl ist. Ich möchte noch darauf hinweisen, es wurde schon einmal erwähnt: Pratteln hat einen Vertrag mit Augst und übt auch quasi die Polizei von Augst aus. Die Gemeinde Pratteln bekommt dafür Geld. Wenn ich dieses Beispiel anschau, dann kann von mir aus der Gemeinderat noch mit fünf weiteren Gemeinden Verträge abschliessen. Dann ist klar, dass es mehr Mittel braucht, es kommt aber auch mehr hinein. Darum ist für mich wichtig, was unter dem Strich herauschaut und das Resultat stimmt aus unserer Sicht. Machen wir also nicht den Fehler, uns ins operative Geschäft einzumischen. Wir lehnen den RPK-Antrag einstimmig ab.

Patrick Weisskopf: Auch ich habe gestaunt, als der Antrag hereingekommen ist bei der RPK. Als ich ihn aber genauer angeschaut habe, bin ich ein bisschen stutzig geworden bei den Erklärungen. Wir wollen ja eben die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum sichtbarer machen, damit es eine gefühltere Sicherheit gibt. Ein kleines Elektrowägelchen, habe ich zuerst gedacht, das ist super, das ist ja sparsam. Vielleicht geht er auch schnell kaputt und dann ist plötzlich der Bedarf da, wieder einen grösseren, neueren zu haben. Ich habe mich daran erinnert, als wir über das Polizeiauto geredet haben, wie wichtig es ist, ein grosses Auto zu haben, genau wegen der Ausrüstung der Polizisten, wie Patronengurte, diese machen sie in den Wagen hinein und können dann losfahren. Dann habe ich bei den Erklärungen weitergelesen und gesehen, dass es kein Horn hat. Es hat kein Blaulicht und es ist auch nicht angemalt, wie ein Polizeiauto. Das ist eigentlich ein ziviles Auto, welches herumfährt und man Magnetsticker daran anbringen kann. Eigentlich eine gute Idee, so ein «geteiltes» Auto, das kann man auch

so machen, dass es alle brauchen können. Das war ein bisschen die Überlegung. Wenn wir zu wenig Fahrzeuge haben, können wir die Fahrzeuge teilen. Wie ist jetzt das? Das fährt nur abends, nachts wird das möglicherweise sogar ausgerüstet mit einem Messgerät für Nachtparkierer. Hat alles Vorteile. Man kann mit einem Polizist durchfahren und die Kontrolle machen. Aber die Einsatzbereitschaft, frage ich mich dann doch, ob die gewährleistet ist. Und deshalb muss man zum Schluss kommen, hat Dieter Stohler schön gesagt, wir können nicht sagen wieviele Polizeifahrzeuge «wir brauchen», aber wenn wir eines brauchen und sichtbar sein wollen, dann sollte es ein richtiges Fahrzeug sein. Auf der anderen Seite sagt Dieter Stohler, wir sollen kein Mikromanagement machen und wir sollten schauen, dass wir die Kosten herunter kriegen. Da fängt es eben an: Man bringt etwas hinein, dann kommt es wieder hinauf. Es ist irgendwie kein Konzept dahinter. Ich hätte mir gewünscht, dass man hier richtig kommt und sagt, schaut das sind unsere Bedürfnisse, das brauchen wir und dann kommt halt die Beschaffung eines neuen Polizeifahrzeugs richtig vor den Einwohnerrat. Was ich nicht gerne habe, sind einfach Sachen, welche durch die Hintertüre irgendwie hereinkommen. Man bekommt es halt mit als RPK-Mitglied und man macht sich dann seine Gedanken dazu. Es gibt auch noch andere Positionen, über welche man reden könnte, wo man einmal gesagt hat, das gehört in ein Grünraumkonzept und jetzt wird plötzlich mit dem Schwingfest halt eine Sanierung irgendwo gemacht. Ich weiss nicht, was dort alles noch drin ist, aber wir lassen uns überraschen. Das ist für mich wichtig, dass die Transparenz da ist. Wir haben jetzt darüber gesprochen, über das Polizeifahrzeug. Wir haben gelernt, der Bedarf ist da, für was man das will. Wir wollen präsenter sein, wir müssen in der Öffentlichkeit Sicherheit markieren. Wir haben Probleme mit Jugendlichen, die sprayen, die das Zeug zerstören. Ich habe mich gerade aufgeregt, als ich wieder einmal wandern war, wie es aussieht und das sind die Sachen, die mich sauer machen. Es sind nicht diejenigen, die hier herum parkieren und etwas zu lange überziehen. Das ist «easy money», welches man einfach hereinholt. Sicherheit bedeutet, wirklich auf die Strasse gehen, präsent sein, mit den Leuten zu reden und diesen Sachen nachzugehen. Von mir aus könnt ihr diese 13'000 «Stutz» nehmen und sagen, das brauchen wir das nächste Mal als Belohnung, damit wir die «Typen» erwischen, die das Zeug zerstören. Geht doch mal das Hülfenschanz-Denkmal anschauen. Eine Schande, wie es aussieht und das Zeug, welches verstreut wird. Dort müssen wir ansetzen. Das ist Ruhe/Sicherheit im öffentlichen Raum und nicht dem Bürger das Geld zum Sack herausziehen.

GR Stefan Löw: Erlauben sie mir noch ein paar Ergänzungen anzubringen. Gegenüber dem Auftrag, welchen wir im 2017 hatten, hat sich natürlich der Auftrag von Augst dazu noch ergänzt. Es hat sich also schon verändert und die Lage verändert sich je nach dem auch. Wir haben einen Pikettdienst. Irgendjemand von der Polizei hat immer Pikett, muss abrufbar sein und sich dementsprechend hierhin bewegen können. Wenn er nur ein Fahrzeug hat und das braucht halt jetzt mal die Frau oder umgekehrt und wohnt nicht in Pratteln, dann muss er gewährleisten können, möglichst schnell am Einsatzort zu sein und seinen Auftrag zu erfüllen. Deshalb müssen wir ein Fahrzeug zur Verfügung stellen, um hierher zu fahren. Mit der First Choice arbeiten wir natürlich auch sehr eng zusammen. Sie deckt einen grossen Teil ab des Pikettdienstes. Wenn wir zu wenig Fahrzeuge haben, müssen sie dann ihre privaten Fahrzeuge nehmen. Anders können sie sich gar nicht bewegen und das ist eigentlich kein Zustand. Wir sind darauf angewiesen, dass sie ihr eigenes Fahrzeug nehmen. Wir gelten das mit einem Kilometerbetrag ab, aber das kann nicht der Weg sein. Langfristig müssen wir das ändern. So ein Fahrzeug benützen wir auch für solche Sachen. Das ist in keiner Weise eine Beschaffung durch das Hintertürchen, der Betrag ist im Budget ganz klar ausgewiesen. Das hat die RPK ganz deutlich gesehen, sie ist darauf gestossen. Es stimmt einfach nicht: Wir haben klar kommuniziert, um was es hier geht und wie wir das einsetzen wollen. Jetzt komme ich zum «4133». Das habt ihr sicher alle gesehen, diese Sprayereien. Das haben wir auch gesehen und wahrgenommen. Das wurde uns gemeldet und wir meldeten das dem Kanton weiter. Das liegt einfach nicht im Aufgabenbereich der Gemeinde. Wir haben andere Aufgaben. Wir haben vor allem Littering. Aber alles was mit der Staatsanwaltschaft zu tun hat, liegt nicht mehr in unserer Kompetenz. Hier wird der Kanton aktiv, in diesem Fall jetzt die Jugendstaatsanwaltschaft, welche zu ermitteln anfängt. Von da an ist leider Informationsschluss und auch wir in der Gemeinde vernehmen einfach gar nichts mehr. Da darf gar nichts nach aussen dringen. Wir erhalten keine Informationen, weder der Gemeindepräsident noch der Abteilungsleiter Sicherheit, während dem laufenden Verfahren. Das ist schon geregelt, wir sind im Dialog mit dem

Kanton, sehr intensiv im Gespräch. Wir sind in der Öffentlichkeit, auch wenn dieses Fahrzeug farblich, mit Licht und allem zusammen nicht ausgewiesen ist. Die Polizei und Sicherheitsdienste sitzen uniformiert darin. Wenn sie aussteigen, ist es ganz klar, welche Präsenz hier ist, sofort und undiskutabel. Das braucht keine lange Erklärung mehr. Glauben sie mir, das haben wir uns schon überlegt, wieso wir das so anschaffen wollen.

Gerold Stadler: Ich möchte nicht mehr im Detail etwas zu diesem Antrag sagen, es ist wirklich genug gesagt. Zwei Sachen sind mir aber doch noch wichtig: Wenn wir in den operativen Bereich des Gemeinderats eingreifen, ist das nicht immer ganz einfach. Ich glaube, da sind wir in einem Graubereich. Aber es muss trotzdem möglich sein, dass wir als Einwohnerräte gewisse operative Sachen steuern, sonst können wir zuhause bleiben. Die Aussage von Dieter Stohler kann ich gar nicht nachvollziehen, wenn er sagt, wir können das nicht beurteilen. Dann können wir gar nichts beurteilen bei diesem AFP, dann bleiben wir zuhause und müssen ihn gar nicht mehr anschauen. Es ist mir klar, wir sind Laien. Wir haben nicht den gleichen Background wie der Gemeinderat, welcher täglich an diesen Geschäften arbeitet. Ich bin ein gewählter Vertreter der Prattler Bevölkerung und nehme mir das Recht heraus, die Sache anzuschauen und nach bestem Wissen und Gewissen zu beurteilen und dann meine Meinung zu sagen. Wenn wir das nicht beurteilen können, dann lassen wir es wirklich gescheiter bleiben, aber dann schliessen wir jetzt diese Sitzung, gehen nach Hause und lassen den Gemeinderat machen. Ein solches Argument möchte ich eigentlich nicht mehr hören. Das ist eine Beleidigung für die Arbeit, welche die RPK macht.

Andreas Seiler: Ich fasse mich kurz, da ich nicht der Erste bin, welcher zu diesem Antrag spricht. Punkt 1: Ich bin schon etwas irritiert von der RPK. Nicht dass sie jetzt einen Antrag stellt und ihre Meinung vertritt, sondern vor allem dass sie das macht, ohne den zuständigen Abteilungsleiter oder den zuständigen Gemeinderat Stefan Löw dazu noch anzufragen, warum das im Detailbudget drin ist. Dieter Stohler hat das vorhin sicher nicht so gemeint euch abzusprechen, dass ihr etwas beantragen oder in Frage stellen dürft. Aber man sollte vielleicht zuerst mit den zuständigen Leuten das auch anschauen, bevor man einfach einen Antrag stellt. Punkt 2: Ich als Einwohnerrat habe ja nicht das Detailbudget wie die RPK, sondern ich beschliesse das Globalbudget. Aus meiner persönlichen Sicht kann man sich sogar fragen, wieso Personal- und Sachaufwand getrennt ist. Schlussendlich sage ich einfach für die Aufgaben von der Gemeindepolizei, unter anderem ja diverse Reglemente und Beschlüssen, die wir hier drin gefasst haben oder die das Volk gefasst hat (Tempo 30, Parkraumbewirtschaftung), da sprechen wir CHF 887'150. Ich persönlich sehe jetzt weder einen Grund das zu erhöhen noch das abzusenken. Darum würde ich auch beliebt machen, dem Antrag nicht zuzustimmen und das Budget so zu belassen, wie es ist. Der operative Teil ist vom Gemeinderat, wie er das umsetzen will.

Mauro Pavan: Ich möchte mich gar nicht mehr inhaltlich zu diesem Antrag äussern, sondern im Gegenteil einen Ordnungsantrag auf Schluss der Diskussion zu diesem Antrag stellen. Ich werde mich auch kurz fassen. Es gibt eine Aussage, welche ich so nicht unkommentiert stehen lassen kann. Es kann nicht sein, dass man argumentiert mit, das ist ein Aufgabenfeld, welches mit einem Ertrag abschliesst und deswegen darf man dort nichts daran kürzen. Es liegt in der Natur der Sache, dass es Aufgabenfelder gibt wie zum Beispiel die Schule oder die Sozialhilfe, welche gar nie mit einem Ertrag abschliessen können. Das sind Ausgaben, die wir tätigen müssen. Andere Aufgabenfelder sind nunmal anders steuerbar und da liegen Erträge drin und das kann nicht die Argumentation sein. Wenn wir das «ad absurdum» führen, dann dürfte man nie im Leben überhaupt über eine Steuererhöhung diskutieren, weil das Aufgabenfeld Steuern naturgemäss mit einem Ertrag abschliesst. Solche Argumentationen sind absurd und verbitte ich mir.

Urs Schneider: Diese Diskussion zeigt es wieder einmal auf, dass das Globalbudget halt nicht ganz so einfach ist. Es ist zwar super für den Gemeinderat und die Verwaltung. Sie können arbeiten. Für uns ist es halt nicht so einfach, weil wir den Einfluss, welchen wir eigentlich gerne hätten so in Zahlen, gar nicht mehr nehmen können. Das finde ich ein bisschen schade. Es geht eigentlich gar nicht um diese CHF 15'000. Es geht um etwas anderes. Vor etwa einem Jahr hat man ein neues Polizeifahrzeug angeschafft. Hier drin wurde das beschlossen. Man

hat dann ein Vorführwagen, einen wunderschönen Volvo, für die Polizei gekauft, als Ersatzbeschaffung. In dieser Vorlage hat man dann sogar noch gesagt, man hätte aber gerne, dass das andere Auto wegkommt. Das wurde eigentlich fast einstimmig hier drin beschlossen. Warum wollte man das so reinnehmen? Man wollte eine «Salamitaktik» verhindern. Es ist wirklich noch nicht so lange her. Man hat dann später einmal zwischendurch in einer Fragestunde gefragt, ist das Auto überhaupt noch da? Warum ist das noch da? Man hat doch gesagt, man muss es absetzen. Dazu hiess es, aufgrund von Corona und so macht man jetzt mehr Fahrten. Wir behalten es noch, wir brauchen es im Moment noch, aber es wird dann nachher ausgelöst. Es wurde ausgelöst und kurze Zeit später, jetzt im AFP für nächstes Jahr, ist wieder ein Fahrzeug drin, zwar ein günstiges und es geht gar nicht um diese CHF 15'000, aber es ist wieder ein Fahrzeug drin. Das steht etwas schräg im Raum und hat den einen oder anderen hier drin verärgert, dass er jetzt hier würde «ja» stimmen

GR Stefan Löw: Ich muss schnell Stellung dazu nehmen: Der Auftrag für die Ersatzbeschaffung Polizeiauto ist richtig. Das hat man damals so beantragt. Das war aber zu einer Zeit, als wir noch keine vertraglichen Vereinbarungen mit Augst getroffen haben und der Einwohnerrat das beschlossen hat. Diesen Auftrag hatten wir noch nicht, das Aufgabenfeld hat sich in diesem Bereich verändert. Wir machen dort jetzt ca. 30 bis 40 Prozent Einsätze. Es ist also nicht mehr genau gleich. Eine «Salamitaktik» ist das in keiner Weise. Wir weisen es aus, wir sprechen darüber. Wenn wir das beschaffen, werden wir das Fahrzeug auch benötigen. Diese Aussage ist also nicht korrekt.

Es gibt keine weitere Wortmeldung. Es folgt die Abstimmung über den Ordnungsantrag von Mauro Pavan, SP, die Rednerliste zu schliessen.

://: Der Antrag wird mit 33 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Die RPK beantragt dem Einwohnerrat das Budget AF 03 im Sachaufwand auf CHF 212'850 zu kürzen.

://: Der Antrag wird mit 15 Nein- zu 12 Ja-Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

Fortsetzung der Lesung

04 Feuerwehr und Bevölkerungsschutz

05 Schulen

06 Familienergänzende Angebote

07 Kultur, Sport und Freizeit

08 MMN

09 Gesundheit und Alter

10 Gesetzliche Sozialhilfe und Arbeitsintegration

11 Soziale Unterstützung

12 Asylwesen

13 Kindes- und Erwachsenenschutz Keine Wortmeldungen

14 Verkehr und öffentliche Anlagen

Benedikt Schmidt: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen hat bei diesem Aufgabenfeld ein zusätzliches Ziel. Wenn ihr genau schaut bei diesem Aufgabenfeld, gibt es ein wichtiges Projekt und das ist zusätzliche Baumpflanzungen. Das beruht eigentlich auf der Motion, welche Urs Schneider hier eingebracht und der Einwohnerrat dann auch entsprechend beschlossen hat. Der Gemeinderat hat dieser Sache auch zugestimmt. Für uns ist einfach die Formulierung «zusätzliche Bäume-pflanzungen» zu schwach, deswegen hätten wir gerne ein zusätzliches Ziel. Urs Schneider hat ein sehr klares Ziel formuliert, nämlich bis wann, was und wieviel zu erreichen ist. Wir hätten das gerne als Ziel so formuliert, dass wir dann eben auch Ziele haben,

die messbar werden und darüber Bericht erstatten, wie weit man hier ist mit der Zielerreichung. Das Geld ist übrigens bereits im Budget drin, also von dem her kein Problem. Das Ziel wäre dann eben: «Die Anzahl Bäume im Siedlungsgebiet wird bis ins Jahr 2031 um 20 Prozent erhöht, im Vergleich zum Baumbestand im Jahr 2021.» Das ist genau das, was die Motion will und was eigentlich schon beschlossen ist. Weil solche Sachen im AFP klar und deutlich abgebildet werden sollen, bitten wir euch, diesem Antrag zuzustimmen.

Diskussion zum Antrag von Benedikt Schmidt

GR Urs Hess: Dieser Antrag stimmt nicht ganz. Das war im Jahr 2020, ich kann auch mit dem Jahr 2021 leben. Wir haben schon Bäume gesetzt und setzen noch viele Bäume. Ich habe kein Problem mit dem, aber einfach zur Berichtigung: Die Grundlage war 2020 und nicht 2021.

Abstimmung über den Antrag von Benedikt Schmid

Antrag zum Aufgabenfeld 14 von Benedikt Schmidt, U/G, zusätzliches Ziel: Die Anzahl Bäume im Siedlungsgebiet wird bis ins Jahr 2031 um 20% erhöht (im Vergleich zum Baumbestand im Jahr 2021).

://: Der Antrag wird mit 28 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Fortsetzung der Lesung

15 Wasserversorgung

16 Abwasserbeseitigung

17 Abfallbewirtschaftung

18 Landschaftspflege, Umweltschutz und Energie

19 Räumliche Entwicklung und Baugesuche

20 Wirtschaft

21 Steuern

22 Finanz- und Lastenausgleich

23 Vermögens- und Schuldenverwaltung

Keine Wortmeldungen

Schlussabstimmung

Aufgaben- und Finanzplan 2022-2026 (AFP)

1. Genehmigung Investitionsrechnung 2022

://: Die Investitionsrechnung wird mit 34 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme genehmigt.

2. Festsetzung der Steuersätze für das Jahr 2022

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 2.1 Die Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen wird auf 58.5 % des Staatssteuerbetrages festgesetzt (unverändert).

://: 2.2 Die Ertragssteuer für juristische Personen wird auf 4.95 % des steuerbaren Ertrages festgesetzt (unverändert).

3. Feuerwehropflichtersatz

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Feuerwehrgeldersatzabgabe beträgt 10 % des Gemeindesteuerbetrages, mindestens aber CHF 60.00 (unverändert).

4. Wasserbezugsgebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Auf den Wasserbezugsgebühren wird ein Rabatt von 20 % gewährt (unverändert).

5. Abwassergebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Auf den Abwassergebühren wird ein Rabatt von 20 % gewährt (unverändert).

6. Festsetzung Hauskehricht-, Sperrgut-, Container- und Grüngutgebühren

Die RPK beantragt dem Einwohnerrat, die Gebühren unter Punkt c) Container für Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe nach Leerung und Gewicht wie folgt zu ändern:
Pro Leerung CHF 13.50 (neu)

Gerold Stadler: Ich habe vorher schon begründet, warum wir diesen Antrag stellen. Ich muss nichts mehr hinzufügen.

Abstimmung über den Antrag der RPK zu Punkt c

://: Der Antrag wird mit 27 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltung angenommen.

Der Rat beschliesst die Festsetzung der Kehrichtgebühren a-e (inkl. Änderung c)

://: Der Antrag wird mit 34 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

://: Die Gebühren werden wie folgt festgelegt:

Gebührensäcke, Sperrgutmarken und Containergebühren (inkl. MwSt. 7.7 %) unverändert.

a) Gebührensäcke nach Volumen (neu ab 1. April 2022)

17 Liter, maximal 3 kg	CHF 1.00 (bisher CHF 0.80)
35 Liter, maximal 6 kg	CHF 2.00 (bisher CHF 1.60)
60 Liter, maximal 12 kg	CHF 4.00 (bisher CHF 3.20)
110 Liter, maximal 18 kg	CHF 6.00 (bisher CHF 4.80)

b) Gebührenmarken für Kleinsperrgut und Grobsperrgut als Einzelstücke oder verschnürte Bündel nach Gewicht (Kleinsperrgut bis 50 x 50 x 100 cm pro Stück, grösser gilt als Grobsperrgut)

pro 6 kg 1 Gebührenmarke	CHF 2.00 (bisher CHF 1.60)
--------------------------	----------------------------

c) Container für Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe nach Leerungen und Gewicht

pro Leerung	CHF 10.00 (unverändert) (neu CHF 13.50)
pro Kilogramm	CHF 0.216 (unverändert)
d) Häckseldienst	
Grundgebühr bis 5 Minuten	CHF 25.00
Grundgebühr bis 10 Minuten	CHF 50.00
ab 11. Minute (pro Minute)	CHF 4.00
e) Container für Grüngut	
bis 140 Liter-Container	CHF 76.00
bis 240 Liter-Container	CHF 146.00
bis 770 Liter-Container	CHF 446.00

7. Teuerungsausgleich

Rahel Graf: Ich möchte gerne einen Antrag zum Punkt Teuerungsausgleich einreichen mit folgender Begründung: Es ist so, dass seit Jahren der Teuerungsausgleich in der Schweiz plus/minus null Prozent beträgt. Wir haben uns alle daran gewöhnt, dass wir keinen Teuerungsausgleich ausbezahlt bekommen auf unsere Löhne und darum habe ich im ersten Moment gefunden, als ich das gesehen habe, ein Teuerungsausgleich ist kein Thema. Nachdem ich mir das aber ein bisschen besser durch den Kopf habe gehen lassen und wir das auch in der Fraktion diskutiert haben, bin ich zu einer anderen Meinung gekommen. Die Covidpandemie hat dazu geführt, dass es schon dieses Jahr tatsächlich eine Teuerung gibt. Man ist sich nicht ganz einig, wie hoch sie kommt, auf was für einen Prozentsatz sich die Teuerung beläuft, weil es auch nicht ganz klar ist, wie diese Teuerung berechnet wird. Zählt man die Krankenkassen dazu oder nicht, da gehen die Meinungen etwas auseinander. Aber wenn man sich ein bisschen kundig macht, dann kommt man darauf, dass also für das Jahr 2021 eine Teuerung von ungefähr 0,5 Prozent eine Tatsache ist. Jetzt für das Jahr 2022 gehen die Meinungen noch weiter auseinander. Ich habe gelesen von 0,5 bis sogar 1,5 Prozent Teuerung. Es wird eine Teuerung prognostiziert. Das ist also tatsächlich ein Grund, wieso man sich das überlegen sollte, wieso man keinen Teuerungsausgleich zahlen soll. Ein weiteres Argument dafür, dass man den Teuerungsausgleich zahlen soll, ist der Bund. Der Bund hat dieses Jahr beschlossen, dass sie dem Personal nächstes Jahr 0,5 Prozent Teuerungsausgleich zahlen. Wieso soll Pratteln das nicht gleich machen wie der Bund für seine Angestellten? In Anbetracht von diesen Argumenten und wenn wir im AFP auch noch lesen, unter 02 Allgemeine Verwaltung, ich zitiere: «Die Gemeinde Pratteln ist eine attraktive Arbeitgeberin.» Dann muss man sich nochmals überlegen, wollen wir als Pratteln tatsächlich attraktiv sein und den Angestellten der Gemeinde einen Teuerungsausgleich zahlen. Das Budget würde dadurch mehr belastet. Das stimmt, das ist natürlich klar. Wenn meine Informationen stimmen, dann wären das etwa CHF 75'000. Das würde also eine Mehrbelastung bedeuten. Ich bin allerdings der Meinung, dass unsere Gemeinde, wie ich schon am Anfang erwähnt habe, eigentlich sehr erfolgreich dasteht und diese CHF 75'000 durchaus gut investiert wären in die Angestellten der Gemeinde. Darum beantrage ich, dass die Gemeinde Pratteln 0,5 Prozent Teuerungsausgleich zahlt.

Dieter Stohler: Ich bestreite nicht, dass es eine Teuerung gibt, aber ich bestreite, dass es notwendig ist, diese jetzt auszugleichen. Wir haben in der Gemeinde Pratteln, meines Wissens, kein Automatismus im Reglement drin. Gewisse Arbeitgeber, der Bund wurde genannt, Kanton etc. zahlen einen Teuerungsausgleich von 0,1 Prozent, das habe ich irgendwo gelesen. Also da macht man gescheiter nichts und dann vielleicht, wenn es wirklich eine realistische Teuerung ist, die auch griffig ist, dass man dann allenfalls etwas machen müsste, dann sind wir nicht grundsätzlich darüber ablehnend. Aber zum jetzigen Zeitpunkt, bei dieser geringen Teuerung und bei der angespannten Finanzlage, ist die Arbeitgeberin Pratteln deswegen nicht unattraktiv, sie bleibt attraktiv. Lehnt diesen Antrag ab.

GR Christine Gogel: Jetzt habe ich mich vorher gefreut über den Mehrertrag von etwa CHF 35'000, welche wir durch die Containerleerungen neu in die Kasse bekommen. Jetzt willt ihr diesen Betrag fast doppelt wieder ausgeben. Die Teuerung ist 0,5 Prozent. Rahel Graf hat

es schon gesagt. Diese würde unsere Kasse etwa mit CHF 80'000 belasten. Es wären nur die Verwaltungsangestellten betroffen. Die Lehrpersonen laufen über den Kanton. Wir haben von der Personalkommission im Sommer (13. Juli 2021) die Stellungnahme zum diesjährigen Teuerungsausgleich bekommen. Die Personalkommission hat keine Teuerung beantragt, sie war damals 0,6 Prozent. Sie haben das begründet mit «die Wirtschaft erholt sich nur langsam» und darum wollen sie darauf verzichten. Auch ich bitte sie, dem Antrag des Gemeinderats Folge zu leisten.

Mauro Pavan: Es freut mich, dass sich die FDP nicht grundsätzlich dagegen stellt, eine tatsächlich stattfindende Teuerung auszugleichen. Es ist richtig, wir haben keinen Automatismus, darum stellt ja meine Parteikollegin, Rahel Graf, den Antrag, dass man die Teuerung, die eben stattgefunden hat, ausgleicht. Ich bitte euch, diesem Antrag Folge zu leisten.

GP Stephan Burgunder: Ich bin schon etwas überrascht von diesem Antrag. Beim Landrat, beim Kanton, gibt es eine klare Bemessungsgrundlage. Diese ist über ein Reglement definiert und hat ergeben, dass es für nächstes Jahr 0,0492 Prozent geben soll. Das hat man dann auf 0,05 Prozent aufgerundet und ein Bürokratiemonster daraus gemacht. Im ganzen Kanton werden nun 6'000 Löhne angepasst und zwar mit 0,05 Prozent. Diejenigen, die das gelesen haben in meinem letzten Beitrag im Prattler Anzeiger: Auf CHF 5'000 macht das CHF 2.50. Davon geht dann noch die Pensionskasse, AHV, etc. weg. Das ist Wahnsinn und dann passt man 6'000 Daueraufträge an und das für zweimal nichts. Aber dort ist es definiert und darum hat man gesagt, wenn das definiert ist, machen wir es so. Bei uns auf der Gemeinde ist es nicht definiert. Es gibt aber jährlich den Stufenanstieg bei uns auf der Gemeinde und das macht etwa 1 Prozent aus. Also jeder Mitarbeiter hat einen Erfahrungsstufenanstieg, im Schnitt über alles etwa ein Prozent. Diese Leute hatten auf der Verwaltung während der Covidpandemie eine sichere Stelle und keine Umsatzeinbussen. Sie hatten auch keine Existenzängste und jetzt sollen sie nicht ein Prozent, sondern eineinhalb Prozent mehr kriegen, diejenigen der Verwaltung. Ich habe das vorher schnell ausgerechnet: Wir haben in Pratteln 14'000 Angestellte. Von diesen bekommen im besten Fall ein paar vielleicht ein halbes Prozent und glückliche 150 Gemeindeangestellte eineinhalb Prozent Ausgleich. Die Begründung erschliesst sich mir so nicht, dass man die Staatsangestellten jetzt hier einfach bevorzugt und allen anderen geht es jetzt halt nicht so gut. Für mich ist das Hauptargument, wir haben eine Personalkommission auf der Gemeinde. Die Personalkommission stellt einen Antrag und sagt jawohl, wir sehen das, es gibt keinen Teuerungsausgleich, wir sind mit diesem einen Prozent zufrieden. Dann kommt der Einwohnerrat und sagt, ja jetzt ist halt doch nicht die Personalkommission, jetzt sind wir. Das Personal will das nicht mal, sie sagen, es ist für uns okay, es ist fair so für uns und der Einwohnerrat sagt, jetzt geben wir ein halbes Prozent obendrauf. Das ist für mich schon nicht ganz verständlich, zumal wir mit diesem Antrag den ganzen AFP anpassen müssen, damit werden sich dann viele Leute wieder beschäftigen, es sind nämlich alle 23 Aufgabenfelder betroffen, welche angepasst werden müssten. Der ganze AFP muss nochmals komplett überarbeitet werden mit diesem Antrag. Da bin ich schon überrascht, dass dieser jetzt zu diesem Zeitpunkt, kurz vor Schluss der Lesung noch kommt und man das nicht vorher ankündigt oder diskutiert, dass man das entsprechend einpflegen kann. Das finde ich etwas schade aber ich hoffe, ihr werdet hier dagegen stimmen.

Rahel Graf: Ich möchte einfach betonen, dass hier nicht zwei verschiedene Sachen zusammen geworfen werden. Ein Stufenanstieg ist etwas ganz anderes als ein Teuerungsausgleich. Ein Stufenanstieg ist eine Lohnerhöhung und diese ist wirksam ab dem Moment des Stufenanstiegs für die nächsten paar Jahre bis der nächste Stufenanstieg kommt usw. Ein Teuerungsausgleich ist meines Wissens einfach für ein Jahr. Der Bund hat 0,5 Prozent beschlossen und ich würde jetzt dem Bund nicht unbedingt die Fähigkeit absprechen, hier gewisse Prognosen zu stellen und das auszurechnen. Wie GP Stephan Burgunder richtig erwähnt hat, hat der Landrat um die 0,05 Prozent lange diskutiert und beschlossen. Ich möchte ehrlich gesagt keine Stellung dazu beziehen, weil 0,05 Prozent in meinen Augen einfach peinlich ist. Zu «der Antrag kommt erst jetzt»: Ich glaube, der Antrag kommt einfach dann, wenn das Geschäft besprochen wird und das ist jetzt der Moment.

Abstimmung Antrag von Rahel Graf, SP: Es wird ein Teuerungsausgleich von 0.5% gewährt.

://: Der Antrag wird mit 19 Nein- zu 6 Ja-Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt.

Der Rat beschliesst mit 27 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltung:

://: Es wird keine Teuerungszulage gewährt.

8. Genehmigung Budget 2022

Der Rat beschliesst mit 33 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung:

://: Das Budget für das Jahr 2022 wird mit einem Aufwandüberschuss von CHF 311'350 genehmigt.

9. Kenntnisnahme Finanzpläne

://: Die im Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2026 integrierten Finanzpläne werden zur Kenntnis genommen.

3. Nr. 3301

Sondervorlage CHF 1'895'000 für den Kauf eines Schulraumprovisoriums

GR Philipp Schoch: Es geht um den Kauf von diesem Gebäude. Ihr kennt das alle. Es steht heute in der Längi und wird dort schon als Schulraumprovisorium benutzt, weil wir das Längi-Schulhaus bekanntlich totalsanieren. Wir haben das Gebäude übernommen. Wir sind nicht der erste Nutzer, es war schon einmal in Gebrauch. Wir mieten es im Moment und möchten jetzt, weil wir langfristige Verwendung für das Gebäude haben für alle unsere Sanierungen, das Gebäude kaufen. Der Kauf allein des Gebäudes sind CHF 1,54 Mio., der Rest von CHF 350'000 brauchen wir für die Umgebung, die Bereitstellung, die Anschlüsse usw. Für was brauchen wir das Gebäude? Wir brauchen es für die anstehenden Sanierungen: Für den Neubau des Gemeindezentrums, Sanierungen der Schulhäuser Aegelmatt und Erli, allenfalls auch noch Teile Münchacker. Die heutigen Nutzerinnen und Nutzer, nämlich das Primarschulhaus Längi, sind begeistert von diesem Gebäude und möchten es fast nicht mehr hergeben. Aber klar, sie freuen sich natürlich auch auf ein neues Schulhaus. Wir kaufen nicht die «Katze im Sack», sondern wir wissen, was wir kaufen und es ist geprüft. Wenn ein Gebäude als Schule funktioniert, dann kann man es auch für andere Sachen einsetzen. Das heisst, es ist robust genug, wenn da Kinder durchlaufen, den ganzen Tag X Schulklassen, dann ist das sicher eine gute Sache. Wir haben mit den ganzen Provisorien, welche wir dort unterbringen möchten, verschiedene Anforderungen. Wir brauchen es nicht nur als Schulraumprovisorium, sondern wir würden es eben auch als Verwaltungsgebäude brauchen. Da sind wir darauf angewiesen, dass wir das auch möglichst einfach umbauen können, um die einzelnen Nutzungen entsprechend unterbringen zu können. Wir reden von knapp 1'000 m², die das Gebäude hat, also Geschossfläche. Das ist sicher eine gute Grösse. Wir müssen dann für die Verwaltung oder je nachdem auch für die Schulhäuser ringsherum noch weitere Provisorien machen. Das wäre aber natürlich in kleinerem Umfang, die man dann jeweils quasi modular dazu mieten kann. Das würden wir nicht kaufen. Wenn man die ganzen Provisorien bestücken möchte, dann braucht es ja auch Leute aus der Verwaltung, die das umsetzen können. Ihr habt das Budget bewilligt. Wir können das jetzt ab nächstem Jahr sicher gut umsetzen, dann haben wir auch genügend personelle Ressourcen, um all diese Sanierungen und Neubauten angehen zu können, weil das braucht es auch dazu. Wir können nicht einfach ins Blaue hinaus so ein Provisorium kaufen und dann leerstehen lassen, sondern wir brauchen es dann wirklich auch für die ganze Sanierungen und Zwischennutzungen, die wir dort reinmachen wollen. Eine Frage ist noch aufgetaucht wegen Alternativen, was man denn sonst noch machen könnte, also ausser dieses Gebäude Occasion zu kaufen. Wenn wir das jetzt mit anderen Lösungen anschauen

würden, zum Beispiel irgendeine Container, gibt es ja auch, dann wäre das energetisch relativ schwierig, weil die Vorschriften im Kanton Baselland relativ hoch sind, was die Gebäudehülle anbelangt und das leistet eben dieses Gebäude, welches wir euch vorschlagen zum Kauf. Das würde nur schon von der Bewilligung her schwierig werden für solch ein alternatives Gebäude, zu dem was wir ihnen vorschlagen, überhaupt eine Bewilligung zu bekommen. Wir sind überzeugt davon, dass das eine gute Lösung ist. Wir können es sicher über die nächsten sieben Jahre gut nutzen. Wir werden das dann nächste Jahr im Herbst auf die Hexmatt zügeln. Das haben sie gesehen in der Vorlage. Es wird dann dort eben für die nächsten Jahre stehen, für alle Provisorien, die wir dann dort unterbringen wollen. Es ist nicht ganz klar, was dann nachher ist. Allzu oft kann man das Gebäude nicht zügeln. Das ist wie ein Schrank. Diesen kann man auch nicht beliebig oft zügeln, vor allem nicht, wenn er aus Schweden kommt. Spass bei Seite, sie wissen, was ich meine. Ich bitte sie, diesem Kredit zuzustimmen.

Dominique Häring: Die FDP-CVP-Fraktion begrüsst das Konzept und die Vorgehensweise. Es ist nachhaltig, es ist langfristig gedacht, selbst wenn wir heute nicht wissen, was wir für dieses Gebäude noch bekommen. Vielleicht bekommen wir ja nichts mehr, aber vielleicht können wir es einem guten Zweck zukommen lassen, auch das ist immer hilfreich. Wir stimmen dem gesamtheitlich zu.

Emil Job: Wir haben die Vorlage mit Interesse gelesen und auch diskutiert. Wir sind sehr begeistert, dass man da etwas macht, wo man dann auch Kosten sparen kann über die Zeit. Wir werden wahrscheinlich das Gebäude sogar länger brauchen, weil man kaum alle Sachen in der Zeit, die wir einmal geplant haben, umsetzen kann. Also von dem her werden wir durchaus noch den höheren Mehrwert haben. Wir werden dem zustimmen.

Sebastian Enders: Auch wir von der SVP-Fraktion haben dieses Geschäft angeschaut. Besonders mit dem Augenmerk auf die langfristige Nutzung, erachten wir den Kauf als sinnvoll und können diesem Geschäft auch zustimmen.

Christine Weiss: Auch die SP-Fraktion findet das eine sehr sinnvolle Anschaffung. Wir haben mit ein wenig Sorge auf diesen dichten Terminplan geschaut. Es wäre natürlich schon gut, wenn man diesen einhalten könnte, was aber ein sehr ambitioniertes Ziel ist, damit eins nach dem anderen aufgeht. Wenn das so wie es hier steht, klappen würde, wäre das sehr gut. Ein bisschen Sorge haben wir, dass es leider nicht so aufgeht, wenn man auch schaut, dass die Sanierung der Schulhäusern doch ein, manchmal zwei, Jahre länger gedauert hat, als geplant. Aber hoffen wir, das geht so.

Abstimmung

://: Der Sondervorlage für den Kauf mobiles Schulraumprovisorium von CHF 1'895'000 wird einstimmig zugestimmt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist:
12. Januar 2022.

4. Nr. 3252

Beantwortung Postulat, SP, Andreas Moldovanyi, Optimierung der Hygienemassnahmen während der Coronapandemie

GR Stefan Löw: Ja, die Pandemie hat uns immer noch wahnsinnig im Griff. Wir wissen nicht, wie lange sie dauern wird. Das Virus wird nicht verschwinden, das wissen wir. Es wird Mutationen geben und gibt sie bereits. Wir sind weiterhin gefordert, die entsprechenden Massnahmen, die vom Bund und vom Kanton vorgegeben werden, unter Einbezug der Abteilung Dienste und Sicherheit, durchzusetzen und zu schauen, dass sich die Bevölkerung daran hält. Das Postulat ist schon einige Zeit alt, wurde schon lange eingereicht. Die Pandemie hat vieles aufgezeigt, was eigentlich recht gut funktioniert und bei Automatismen haben sich viele Dinge abgespielt. Bei der Beantwortung von diesem Postulat ist klar erwähnt, dass bei Fällen von ausserordentlich finanziellen Schwierigkeiten und bei Massnahmen, die vorgegeben werden, nicht eingehalten werden können und es ihnen nicht möglich ist, dass sie sich an die Gemeinde wenden und wir entsprechende Massnahmen einleiten und das zur Verfügung stellen, was nötig ist. Wenn wir der Forderung des Postulanten Folge leisten und einfach alles flächendeckend abgeben würden, ist es logistisch eine wahnsinnig grosse Aufgabe, so etwas zu bewerkstelligen. Wir sehen das beim Impfen schon, was das für eine Logistik braucht, damit das läuft. Einfach aufstellen und sagen: Nehmt, nehmt, nehmt.... Ich glaube, das wäre nicht sinnvoll, das können wir nicht machen. Dafür haben wir auch zu wenig Material. Wir haben im Moment zwar genügend Masken und sind gut eingedeckt. Wir haben genügend Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Von dem her könnt ihr beruhigt sein. In genügender Anzahl ist das vorhanden und das haben wir wirklich ganz sauber im Griff. Aber die Massnahmen, welche hier vorgeschlagen werden, sind einerseits kompliziert und schwierig umzusetzen und andererseits kostenmässig sehr teuer. Ich bitte sie, das Postulat nachher abzuschreiben.

Andreas Moldovanyi: Besten Dank an GR Stefan Löw für die Beantwortung. Die Beantwortung hat eigentlich gezeigt, dass solch eine Massnahme nicht in die Hände von Politikern gehört, sondern in die Hände von Gesundheitsfachpersonen. Eine kleine Bemerkung, bevor ich zu meinem Antrag komme: Die Zahlen sind falsch. Ich komme auf völlig andere Zahlen. Wenn wir jetzt vom Baby bis zum ältesten Prattler, vom frisch Geborenen bis zum ältesten Prattler gratis drei Stück abgeben würden, dann komme ich auf andere Zahlen, auf knapp die Hälfte. Aber wir versorgen Babys in der Regel nicht mit Masken. Wenn ich dann noch anschau, was in meiner Forderung drin war: Eine Kampagne zu machen mit Handlungsanweisungen, das habt ihr zwar in den Erwägungen erwähnt, dass man Kampagnen gemacht hat. Aber du hast selbst bewiesen und die meisten Redner hier auch, dass die Handlungsanweisungen, die ihr gezeigt habt, falsch sind oder falsch umgesetzt werden. Eine Maske darf man nicht anfassen, wenn man sie einmal gebraucht hat. Man sollte vorher und nachher die Hände waschen und/oder desinfizieren. Das steht heute so auf den Handlungsanweisungen vom Bundesamt für Gesundheit. Dann ist es auch so «en passant» und deswegen ist das auch nicht so bedauerlich. Es sind die völlig falschen Masken. Die Masken, die wir hier benützen, sind nicht aerosoldicht. Das haben Studien gezeigt, welche letzte Woche vom Max-Planck-Institut in München veröffentlicht wurden und Stoffmasken schon gar nicht. Wir müssten FFP2-Masken tragen. Wir müssten die Hygienemasken alle zwei bis vier Stunden wechseln. Auch das steht so in den Handlungsanweisungen vom Bundesamt für Gesundheit. Wenn man nur zweimal wechselt, also eine am morgen bevor man ins Tram oder in den Zug steigt und vor der Mittagspause noch einmal und dann denkt man, am Abend muss ich keine mehr wechseln. Dann sind die Masken in öffentlichen Verkehrsmitteln am Abend unnütz. Diese kann man ebenso gut bleiben lassen, denn wenn man dann damit einkaufen geht, steckt man sich an. Die Masken sind, um sich selbst zu schützen, zuwenig suffizient. Das hat bedauerlicherweise dazu geführt, dass letzte Woche eine Apotheke in Pratteln zugegangen ist. Ich glaube, das war wegen Covid-Fälle und ich gehe davon aus, dass die Ansteckungen im Geschäft stattgefunden haben, ist aber jetzt Spekulation. Ich bin für eine Abschreibung von diesem Postulat.

://: Das Postulat wird mit 34 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung als erfüllt abgeschrieben.

5. Nr. 502

Fragestunde

Es sind keine Fragen eingegangen.

Die Sitzung wird um 21.30 Uhr beendet.

Pratteln, 23. Dezember 2021

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Christoph Zwahlen Ulrike Schmid